

Wie viel kostet dieser Petrodollar? Die Widersprüche des neuen Golfkriegs

Diesmal wird es nicht möglich sein, Putin die Schuld zu geben.



8. März 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Vom Traum zum Albtraum, und das alles amerikanisch

Im geopolitischen System des heutigen Nahen Ostens ist die militärische Präsenz der USA eines der wichtigsten strukturellen Elemente der regionalen Sicherheitsarchitektur. Seit den 1990er Jahren und mit noch größerer Intensität nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und den darauf folgenden Kriegen in Afghanistan und im Irak haben die USA ein umfangreiches Netzwerk militärischer Einrichtungen in der Region am Persischen Golf aufgebaut. Diese Stützpunkte, die sich über Länder wie Bahrain, Katar, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien verteilen, erfüllen wichtige operative Funktionen: Machtprojektion, logistische Unterstützung, Kontrolle der Energierouten und Abschreckung gegenüber regionalen Akteuren, die als feindlich wahrgenommen werden.

Ein Aspekt, der in der öffentlichen Debatte oft übersehen wird, betrifft die Finanzstruktur, die den Ausbau dieser militärischen Infrastruktur ermöglicht hat. Zahlreiche Studien zur politischen Ökonomie der Sicherheit zeigen, dass ein erheblicher Teil der Kosten für den Bau, die Instandhaltung und den Ausbau der Stützpunkte von den Golfmonarchien selbst getragen wurde. In vielen Fällen haben diese Länder den Bau der Anlagen direkt finanziert oder erhebliche Beiträge in Form von „Host-Nation Support“ geleistet, d. h. Formen der wirtschaftlichen Beteiligung an den Betriebs- und Infrastrukturkosten der auf ihrem Territorium stationierten US-Streitkräfte.

Dieses Finanzierungsmodell spiegelt eine bestimmte strategische Logik wider. Die Golfmonarchien, die im Vergleich zu den umliegenden Regionalmächten über relativ begrenzte militärische Kapazitäten verfügen, haben historisch gesehen versucht, diese Schwäche durch Sicherheitsabkommen mit einer externen Macht auszugleichen. Die finanzielle Unterstützung der US-Militärpräsenz stellt daher aus wirtschaftlicher und politischer Sicht eine Form der strategischen Versicherung dar: Im Gegenzug für Investitionen in militärische Infrastruktur und territoriale Gastfreundschaft erhalten die Gaststaaten implizite oder explizite Schutzgarantien.

Dennoch hat diese Sicherheitsarchitektur erhebliche geopolitische Konsequenzen. Aus der Perspektive regionaler Akteure wie dem Iran wird das Netzwerk der US-Stützpunkte am Golf nicht nur als Verteidigungssystem interpretiert, sondern auch als Mittel zur strategischen Eindämmung und potenziellen Offensive. Die US-Militäranlagen werden zu einem integralen Bestandteil der von Teheran wahrgenommenen Bedrohungsstruktur.

Nach dem Völkerrecht über bewaffnete Konflikte sind militärische Infrastrukturen legitime Ziele, wenn sie für militärische Operationen oder logistische Unterstützung genutzt werden. Die militärische und juristische Doktrin unterscheidet klar zwischen zivilen und militärischen Zielen, und Operationsbasen fallen eindeutig in die letztere Kategorie. Im Kontext des aktuellen neuen Golfkriegs können solche Einrichtungen von den beteiligten Akteuren als strategische Ziele angesehen werden, sowohl aus eigenem Recht als auch im Einklang mit dem Gesetz.

Problematisch wird es jedoch, wenn sich diese Infrastrukturen in der Nähe dicht besiedelter Gebiete befinden. Viele Stützpunkte am Golf liegen in der Nähe von Ballungszentren oder wirtschaftlich wichtigen Gebieten, teils aus logistischen Gründen, teils weil sich die städtische Entwicklung nach und nach um bestehende Anlagen herum ausgebreitet hat. Diese territoriale Konfiguration birgt ein strukturelles Risiko für die in den angrenzenden Gebieten lebende Zivilbevölkerung.

Im Falle von Raketenangriffen oder Militäroperationen gegen solche Stützpunkte verlangt der Grundsatz der Unterscheidung – ein Eckpfeiler des humanitären Völkerrechts – von den bewaffneten Akteuren, Kollateralschäden so weit wie möglich zu vermeiden oder zu minimieren. In heutigen Konflikten ist die Trennung zwischen militärischen Zielen und zivilen Bereichen jedoch oft äußerst fragil. Selbst gezielte Operationen können indirekte Auswirkungen haben, wie Sekundärexplosionen, Brände oder Schäden an städtischer Infrastruktur.

Infolgedessen befindet sich die Zivilbevölkerung der Gastländer in einer besonders gefährdeten Lage. Paradoxerweise können gerade diejenigen Staaten, die militärische Infrastruktur finanziert und beherbergt haben, um ihre eigene Sicherheit zu stärken, im Falle einer regionalen Eskalation zusätzlichen Risiken ausgesetzt sein. Militärstützpunkte, die als Abschreckungsinstrumente konzipiert sind, können zu Faktoren strategischer Gefährdung werden.

Aus wirtschaftlicher und politischer Sicht wirft dieses Szenario Fragen hinsichtlich der Verteilung der Verantwortung für Schäden auf, die durch militärische Operationen gegen solche Anlagen entstehen. Wenn die Stützpunkte von einer externen Macht genutzt werden und eine operative Rolle in deren regionalen Strategien spielen, stellt sich die Frage, wer die wirtschaftlichen und sozialen Kosten für etwaige Kollateralschäden tragen soll, die den lokalen Gemeinschaften entstehen.

Theoretisch sieht das Völkerrecht Mechanismen für die staatliche Verantwortung für rechtswidrige Handlungen und für Schäden vor, die durch militärische Operationen entstehen, die nicht den huma-

nitären Normen entsprechen. In der geopolitischen Praxis sind solche Mechanismen jedoch oft schwer anzuwenden, insbesondere wenn Konflikte Großmächte oder komplexe Militärbündnisse betreffen. Internationale Machtverhältnisse haben tendenziell Vorrang vor rechtlichen Entschädigungsverfahren.

Aus der Perspektive der politischen Ökonomie des Krieges lässt sich das Problem auch unter dem Gesichtspunkt der Externalitäten analysieren. Die militärische Präsenz einer externen Macht bringt einigen Akteuren strategische Vorteile – Abschreckung, Schutz der Energieversorgungswege, Stabilität verbündeter Regime –, kann aber gleichzeitig für andere, insbesondere für die Zivilbevölkerung in der Umgebung militärischer Infrastrukturen, Kosten verursachen. Wenn diese Kosten von den strategischen Entscheidungsträgern nicht internalisiert werden, entsteht eine Form der Asymmetrie in der Verteilung der Risiken.

Dies führt zu einer umfassenderen politischen Frage: Inwieweit sollten die Gaststaaten und die beteiligten Militärmächte wirtschaftliche Verantwortung für die Schäden übernehmen, die den lokalen Gemeinschaften entstanden sind? Es wurden keine präventiven Entschädigungsmechanismen, Garantiefonds oder multilateralen Vereinbarungen entwickelt, die eine Entschädigung im Falle von Angriffen auf militärische Infrastruktur vorsehen. Strategische Rivalitäten, Militärbündnisse und Stellvertreterkriege tragen zu einem Umfeld bei, in dem die Verantwortlichkeiten diffus sind und sich nur schwer eindeutig zuweisen lassen. In diesem Zusammenhang kann die Wahrnehmung von Straflosigkeit oder mangelnder Aufmerksamkeit für die zivilen Folgen militärischer Operationen regionale Spannungen und Ressentiments weiter schüren.

Die Golfstaaten, Monarchien, die dank des Dollars zu solchen geworden sind, sind nun Opfer desselben Dollars, der dank ihnen mächtig geworden ist. Ein Paradoxon, das in die Geschichtsbücher eingehen wird.

Die Entwicklung der regionalen Spannungen lässt vermuten, dass diese Themen zunehmend in den Mittelpunkt der Debatte über die kollektive Sicherheit im Nahen Osten und die Nachhaltigkeit der derzeitigen militärischen Architektur der Region rücken werden. Eine umfassendere Reflexion über die wirtschaftliche und politische Verantwortung der beteiligten Mächte könnte ein notwendiger Schritt sein, um die humanitären und strategischen Folgen eines Sicherheitssystems anzugehen, das auf einer permanenten externen Militärpräsenz basiert. Und diese Entscheidung liegt allein bei den Golfstaaten, jetzt, da sich der „amerikanische Traum“ vom Petrodollar als böser Albtraum erwiesen hat.

Und all dies belastet Europa

Das Scheitern des Golfprojekts wird noch eine weitere, besonders schwerwiegende Konsequenz haben. Es wäre nicht nur ein regionales geopolitisches Ereignis, sondern hätte auch systemische Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und insbesondere auf die europäischen Volkswirtschaften. Europa befindet sich in Bezug auf die internationale Energiedynamik in einer strukturell prekären Lage: Seine starke Abhängigkeit von Kohlenwasserstoffimporten in Verbindung mit der fortschreitenden Verringerung der Lieferungen aus einigen traditionellen Versorgungsgebieten macht den Kontinent besonders anfällig für geopolitische Schocks im Nahen Osten und am Persischen Golf.

Der Persische Golf ist einer der zentralen Knotenpunkte des globalen Energiesystems, wobei die Straße von Hormus einen bedeutenden Anteil am weltweiten Handel mit Öl und Flüssigerdgas hat.

Jede Zunahme der militärischen Spannungen in der Region – und insbesondere eine direkte Konfrontation mit dem Iran, einer Regionalmacht mit Raketenkapazitäten und asymmetrischen Abschreckungsmitteln – führt unweigerlich zu einem Anstieg der sogenannten Energierisikoprämie, einem Begriff, der in der Rohstoffökonomie verwendet wird, um Preissteigerungen zu bezeichnen, die weniger auf eine tatsächliche Verknappung der Ressourcen als vielmehr auf die Wahrnehmung von Risiken im Zusammenhang mit möglichen Unterbrechungen der Lieferketten zurückzuführen sind.

Für Europa, das in den letzten Jahren eine komplexe Umstrukturierung seines Energiesystems durchlaufen hat, könnte sich eine solche Dynamik als besonders belastend erweisen. Die Energiekrise nach dem Krieg in der Ukraine hat bereits die strukturelle Anfälligkeit des europäischen Energiemodells deutlich gemacht. Steigende Gas- und Strompreise haben erhebliche Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, die Inflation und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen gehabt. Ein weiterer Schock aus dem Nahen Osten würde daher die bestehenden wirtschaftlichen Spannungen noch verstärken.

Die europäische Industrie, insbesondere energieintensive Branchen wie die Chemie-, Stahl- und Fertigungsindustrie, ist direkt von stabilen Energiepreisen abhängig. Ein anhaltender Anstieg der Öl- und Gaskosten führt unweigerlich zu höheren Produktionskosten, was sich wiederum auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen auswirkt. Mittel- und langfristig könnte dieser Prozess die Deindustrialisierung oder die Verlagerung in Regionen der Welt mit niedrigeren Energiekosten beschleunigen.

Die Auswirkungen können auch auf makroökonomischer Ebene erheblich sein. Steigende Energiepreise treiben tendenziell die Inflation an, verringern die Kaufkraft der Haushalte und zwingen die Zentralbanken zu einer restriktiveren Geldpolitik. Dieser Mechanismus kann das Wirtschaftswachstum verlangsamen und die Staatsverschuldung in vielen europäischen Ländern erhöhen. Mit anderen Worten: Ein Konflikt im Persischen Golf könnte eine Kette wirtschaftlicher Auswirkungen nach sich ziehen, die weit über das regionale militärische Geschehen hinausreichen.

Angesichts dieser Dynamik stellt sich eine Frage der wirtschaftlichen und politischen Verantwortung, die in der europäischen Debatte selten explizit angesprochen wird. Wenn strategische Entscheidungen externer Akteure – oder von Verbündeten mit größerer militärischer Autonomie – erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen auf die europäischen Volkswirtschaften haben, ist es legitim zu fragen, wie diese Kosten innerhalb des internationalen Systems verteilt werden.

Dieses Phänomen spiegelt ein allgemeineres Merkmal der internationalen Governance wider: Strategische Sicherheitsentscheidungen werden oft in Kontexten getroffen, in denen die wirtschaftlichen Kosten asymmetrisch auf die beteiligten Akteure verteilt sind. Große Militärmächte sind besser in der Lage, wirtschaftliche Schocks abzufedern oder einen Teil der Folgen auf ihre Wirtschafts- und Handelspartner abzuwälzen, und Europa, die EU als politische Einheit, aber auch alle europäischen Länder im Allgemeinen sind keine Supermächte.

Diese Dynamik wirft daher Fragen hinsichtlich der Fähigkeit der EU auf, eine wirklich autonome Außen- und Energiepolitik zu entwickeln. In den letzten Jahren hat die Debatte über die „strategische Autonomie Europas“ die Notwendigkeit deutlich gemacht, die Entscheidungsfähigkeit des

Kontinents in den Bereichen Sicherheit, Energieversorgung und Industriepolitik zu stärken, doch nichts davon wurde erreicht.

Die gesamte Eurozone ist ein riesiger Schornstein, der aufgrund seiner eigenen politischen Unfähigkeit Energie aus dem Ausland verbraucht, ohne dass eine Versorgung garantiert ist. Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben geopolitische Saltos vollführt, um Russland den Krieg zu erklären, aber sie haben nicht bemerkt, dass sie auf extrem hartem und schmerzhaftem Boden landen würden.

Der Punkt ist: Dieses Mal wird es nicht möglich sein, Putin die Schuld zu geben. Im Gegenteil, die europäischen Staats- und Regierungschefs laufen Gefahr, russische Energieressourcen zurückkaufen zu müssen, möglicherweise zu einem höheren Preis oder über andere Akteure, wie beispielsweise die USA selbst. Die Moskauer Regierung hatte eine solche Situation bereits vorausgesehen, und auch weniger erfahrenen Analysten war dies klar. Nun muss Europa die dramatischen Folgen seiner politischen Arroganz tragen. Auf London und Washington zu hören hat keine guten Ergebnisse gebracht, aber jetzt ist es zu spät.